

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Zeitungspreis für Abonnenten beträgt für In- und Ausland pro Vierteljahr 300 Mark. • Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg, Brühlstraße, Neubau. Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 3849.

Jammer krede zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden  
\*\*\*\*\* Als dienendes Glied stehst du ein Ganzes dich an \*\*\*\*\*

Inserate: Die 3 Spalt. Zeitspalt im Arbeitsmarkt 5000 Mk. Für arbeitsuchende Mitglieder ist der Arbeitsmarkt frei. Geschäftsanzeigen können nicht mehr aufgenommen werden. Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg 1.

„Die Ameise“ erscheint jeden Samstag.

## Was die Gewerkschaften fordern.

Die Vorgänge im Wirtschaftsleben Deutschlands lassen Gefahren erkennen, wie sie bisher noch niemals bestanden. Die Preise im allgemeinen haben die Weltmarktpreise überschritten und damit ist der Export auf dem toten Punkt angelangt. Die deutsche Industrie, die vielfach auf den Verkauf im Ausland angewiesen ist, kann ihre teuren Waren nicht mehr los werden. Da auch im Reichsinnern infolge des Marksturzes nur noch geringe Kaufkraft vorhanden ist, haben die Werke nur wenig Aufträge mehr zu erwarten und müssen den Betrieb einschränken, womit Arbeitszeitverkürzung und Arbeiterentlassungen verbunden sind.

Aber auch künstliche Betriebsbeschränkungen tragen mit dazu bei, das schon bestehende Elend zu vergrößern und die Schwierigkeiten zu vermehren. Ein Teil der Unternehmer, fast die gesamte Landwirtschaft (vor allem die von den Großgrundbesitzern geführten reaktionären landwirtschaftlichen Organisationen) und das Gewerbe versuchen durch Minderung der Erzeugung den „Beweis“ zu erbringen, daß die von der neuen Regierung festgelegten Steuern diese Unternehmernahmen zur Folge hätten. Das Steuergeld seien die Betriebsmittel, und wenn die Regierung diese wegnehme, müsse der Betrieb und damit die Erzeugung darunter leiden. Gleichzeitig soll die Wirkung mit der Betriebsbeschränkung hervorgerufen werden, daß die Steuern verringert oder erlassen werden. Wie sie die Unternehmen belasten, ist an anderer Stelle mit dem Beispiel Fraureuth dargestellt. Daß die Wirkung tatsächlich erzielt werden soll und daß die angekündigten Betriebsbeschränkungen zum Teil künstlich sind hervorgerufen werden, mag ein anderes Beispiel aus unserer Industrie aus einer Stadt der Oberpfalz beleuchten. Dort haben zwei größere Werke von ihren Beschäftigten Nachforschungen verlangt, die sich teilweise gemacht wurden, während zwei andere Betriebe an drei von ihren Direktoren durchblicken ließen, daß, wenn die Steuerabgabe nicht rückgängig gemacht würde, sie nicht in der Lage seien, das Geschäft aufrecht zu erhalten. Aus Oberfranken, Thüringen, Sachsen, Schlesien und Mitteldeutschland wurde dem Verbandsvorstand ähnlich berichtet. Daraus geht doch mit aller Deutlichkeit hervor, daß noch Aufträge vorhanden sind, aber nicht ausgeführt werden sollen, weil Steuern bezahlt werden sollen; noch dazu Abgaben, denen Männer der Industrie, der Landwirtschaft und des Gewerbes im Reichstag vorbehaltlos ihre Zustimmung gaben. Wenn Arbeiter und Angestellte in ihrer Verzweiflung durch Streiks sich ein halbwegs würdigeres Auskommen herausholen wollen und schließlich einen Werkvertreter zu dem ansetzen, schreibt die kapitalistische Seite von Terror- und Gewalttaten der Arbeiterschaft. Seht aber die Industrie, die Landwirtschaft und das Gewerbe unsere ganze Wirtschaft aufs Spiel, treiben sie Produktionslabotage, an der das Reich zugrunde gehen muß, dann hört man nichts. Und das alles um einiger Mark Steuern willen. Müssen Hunderttausende arbeitslos werden, müssen sie vor Hunger zu Diebstahl und Verbrechen getrieben werden, was kümmert es die labotierenden Steuerhinder, wenn nur ein Teil ihres Besitzes gerettet wird. Das ist die Moral jener Kreise, die über den „materiellen“ Sinn der Arbeiterschaft die Nase rümpfen und sich allein als national ausgeben.

Wenn gegenwärtig die verantwortlichen Regierungskreise wirklich mit fester Hand die Dinge weistern wollen, so müssen sie nicht an den selbstthätigen Schwierigkeiten bereiten Steuerlabotageuren vorbeugehen. Je energischer sie bei allen ihren notwendigen Maßnahmen zusetzen, um so geschlossener steht die Werte produzierende Arbeiterschaft hinter ihnen. Was diese fordert, um endlich in letzter Stunde vom Abgrund abzukommen, geht aus der Entschließung des ADGB vom 7. und 8. September, gefaßt in der Sitzung in Berlin, deutlich genug hervor. Darin heißt es:

### 1. Feste Währung.

Sofortige Einführung einer neuen wirklichen Währung in solcher Form und unter solchen Voraussetzungen, daß das neue Zahlungsmittel auch Vertrauen und damit Wertbeständigkeit genießt; sofortige Inangriffnahme der Ersetzung der Sachwerte durch das Reich; Inangriffnahme für großzügige Notstandsarbeiten und weitestgehende Arbeitsbeschaffung durch das Reich; Umgruppierung der Arbeitslosen.

### 2. Arbeitsbeschaffung durch Preisdruck.

Zur Überwindung der Produktions- und Absatzkrise ist ein harter Preisabbau erforderlich, damit die geschwächte Kaufkraft die Waren wieder aufnehmen kann. Da das überhöhte Preisniveau in erheblichem Maße durch den Ausbau des Kartellwesens und die rein gewinnjüchtige Preispolitik der Syndikate und Kartelle herbeigeführt worden ist, muß zunächst dieser Kartellpolitik ein Riegel vorgeschoben werden.

Weiter ist die Preislenkung dadurch zu beschleunigen, daß der unmittelbare Verkehr zwischen Erzeuger und Verbraucher gefördert wird. Hierdurch wird jeder entbehrliche und nur verteuernde Zwischenhandel am erfolgreichsten ausgeschaltet.

Gegen den billigen Auslandsverkauf auf Kosten übersteigerten Inlandspreise sind gleichfalls Maßnahmen zugunsten der Preislenkung im Inlande zu treffen.

Dringend nötig ist in diesen Krisenzeiten eine Niedrighaltung der Rohstoffpreise. Die Regierung muß sofort energische Maßnahmen zum Abbau der unerträglich hochgetriebenen Preise durchzuführen und dem Rohstoffhändler Härter als bisher entgegenzutreten.

### 3. Förderung der Ausfuhr.

Die Gewerkschaften anerkennen die Notwendigkeit einer gesteigerten Ausfuhr deutscher Waren. Dabei halten sie grundsätzlich an der Ausfuhrkontrolle fest, zu deren Verbesserung und Vereinfachung sie bereit sind. Die Beseitigung der Ausfuhrabgaben lehnen die Gewerkschaften ab. Die Höhe der Abgaben im einzelnen muß der jeweiligen Prüfung unterliegen. Alle Maßnahmen zur Förderung der deutschen Ausfuhr müssen so getroffen werden, daß sie nicht im Auslande berechtigter Abwehrmaßnahmen gegen deutsche Schmutzwaren hervorgerufen.

## Die Lohnpolitik.

Zur Wahrung der gemeinsamen Interessen auf dem Gebiete der Lohn- und Tarifpolitik beschließt der Bundesausschuß:

1. Den Bundesausschuß zu beauftragen, eine Abteilung für Lohn- und Tarifpolitik im Bundesbureau einzurichten;

2. einen lohnpolitischen Ausschuss einzusetzen, der aus besonders erfahrenen Verbandsvertretern gebildet wird. Der lohnpolitische Ausschuss soll, unbeschadet des in § 38 der Bundesatzung aufgestellten Grundlages, daß die Führung der Lohnbewegung die eigene Aufgabe jeder Gewerkschaft ist, folgende Aufgaben erfüllen:

a) In Gemeinschaft mit dem Bundesvorstand Richtlinien für die allgemeine Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften aufzustellen und dieselben jeweils dem Wechsel der Verhältnisse rechtzeitig anzupassen;

b) dem Bundesvorstand bei entsprechenden Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber beratend zur Seite zu stehen und ihn eventuell zu vertreten;

c) die Lohn- und Tarifbewegungen im allgemeinen und die Praxis der Arbeitgeberverbände im besonderen zu beobachten, Material hierüber sowie Erfahrungstatsachen zu sammeln und den Gewerkschaften zur Kenntnis zu bringen;

d) für gewisse Teile der Tarifverträge, die eine einheitliche Formulierung gestatten, Normalbestimmungen ausgearbeiten, die den einzelnen Gewerkschaften als Muster dienen können.

## An die Zahlstellenverwaltungen und Mitglieder!

Die ungeheure Entwertung der Mark macht es jedem einzelnen Mitgliede zur Pflicht, den Beitrag in voller Höhe eines Stundenlohnes und jede Woche zu entrichten, ebenso den Zahlstellenkassierern alle Gelder sofort der Hauptkasse zuzuführen.

Um der Entwertung durch Restieren vorzubeugen, müssen alle Restbeiträge in gleichem Maße erhöht abgeführt werden, wie sich bis zu ihrer Bezahlung der Verdienst des betreffenden Mitgliedes erhöht hat, also sämtlich in Höhe eines Stundenlohnes der letzten Arbeitswoche.

Die Zahlstellenverwaltungen und Unterkassierer wollen entschieden darauf halten, daß von dieser Richtlinie nicht abgegangen wird.

Entscheiden verkehrt, ja sogar verwerflich und gegen die ursprünglichen Interessen handeln alle die Mitglieder, die einen bedeutend geringeren Beitrag an die Organisation abführen, als ihr Sündenverdienst beträgt, mit der Erklärung an den Unterkassierer: „mehr zahle ich nicht; wenn Du den Betrag nicht nimmst, dann kannst Du mich streichen“.

Den betreffenden Kolleginnen und Kollegen scheint gar nicht zum Bewußtsein zu kommen, wie sie durch solches Verhalten den Wünschen und Zielen der Unternehmerrchaft, und nicht nur diesen, sondern der ganzen reaktionären faschistischen Meute, entgegen kommen und ihr zum Siege verhelfen. Die Arbeiter allein haben den Schaden, wenn sie durch Aufgabe der Verbandsmitgliedschaft ihre einzige Waffe verlohren, die sie zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage so dringend gebrauchen; heute mehr denn je.

„Nicht heraus, sondern hinein in die Gewerkschaft!“ muß heute die Losung für jede Berufskollegin und jeden -kollegen sein. Nur wenn jedes Mitglied seine vollen gewerkschaftlichen Pflichten reiflich erfüllt, kann und wird die Organisation auch in dieser schweren Zeit ihrer Aufgabe gerecht werden, aber auch nur dann.

Kolleginnen und Kollegen! Beherrzt diese Worte und handelt danach. Wilt. Herden.

Die Verbände der Bauarbeiter, Bekleidungsarbeiter, Bergarbeiter, Buchdrucker, Eisenbahner, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Sattler, Tapezierer und Portefeuliers, Schuhmacher, Textilarbeiter, Transportarbeiter entsenden je ein Mitglied in den lohnpolitischen Ausschuss. Seine Einberufung erfolgt durch den Bundesvorstand. Die Geschäftsführung obliegt der Abteilung für Lohn- und Tarifpolitik im Bundesbureau.

Mit aller Deutlichkeit und Kürze ist hierin niedergelegt, was nötig ist. Möge die Regierung nicht versagen. Noch glüht ein Fünkchen Hoffnung, daß die neuen Regierungsmänner ihre Schuldbiligkeit tun werden, wenn sie sich auf die wertverzeugende Arbeiterschaft stützen. Wird dieses Hoffen aber zerstört, dann gibt es kein Halten mehr. Die Unternehmer werden dann noch mehr zahlen müssen, als die jetzt festgelegte Steuer.

Wir wünschen, daß die Einsicht diesmal rechtzeitig kommen möge, als bei der Cunoregierung. Die Forderungen des ADGB enthalten das Mindeste, was zur Rettung gebraucht wird. Von ihrer Erfüllung hängt die Besserung der Lage ab. Die Zeit drängt. Regierung handle!

## Jammer, Sehe — aber keine Einsicht.

Ueber die gegenwärtigen Verhältnisse und ihre Ursachen gibt es verschiedene Arten von Meinungen. Sie richten sich gewöhnlich danach, aus welchen Zeitungen, Fachblättern und Unterhaltungen die Lesherer ihre geistige Nahrung entnehmen. Eigene Gedanken und objektive Betrachtung der Dinge nach allen möglichen Seiten kommen nur selten zum Ausdruck.

Wie einseitig und schief die Gegenwartszustände von einem W. B. in der „Porzellan- und Glasfabrik“ vom 1. September in einer Betrachtung über die Herbstmesse 1923 gesehen werden, mögen alle einsichtigen Leser und Leserinnen aus dem Gegenüberstellungen selbst beurteilen.

Nach einem Sammerlied über das sterbende Wirtschaftsleben und das Elend des Einzelhandels gibt W. B. Neuherungen des Herrn Generaldirektors Singer-Fraureuth wieder, die als Beweis für die aufgestellten Behauptungen gelten sollen, daß wir am Ende sind, an das uns die Folgen des Schandvertrages von Versailles und der Revolution gebracht hätten.

Die Porzellanfabrik Fraureuth benötigte nach den Angaben des Herrn Generaldirektors im Juli 3 Milliarden Mark für Lohnzahlung. Ich bin überzeugt, daß das genannte Werk niemals so geringe Löhne gezahlt hat, und deshalb ungeheuer verdiente, wie in der nachrevolutionären Wirtschaftsepoche. Bekanntlich stimmen nach den Angaben des gleichen Schreibers die Porzellanpreise mit den Weltmarktpreisen überein, d. h. die Werke bekommen für ihre Erzeugnisse Gold- oder Dollarpreise. Wenn nun W. B. geredet hätte, müßte er gefunden haben, daß die Porzellanfabrik Fraureuth A.-G. mit etwas über 1000 Beschäftigten nur 34484 Mk. oder 8621 Dollar im Juli (Durchschnittsdollarkurs 348 000) an Löhnen und Gehältern ausbezahlt hat. Das ist ein wöchentliches Lohnkonto von rund 7700 Mk. für über 1000 Arbeiter und Angestellte. Ob ein Betrieb in diesem Ausmaß jemals in „vorrevolutionären“ Zeiten so billige Arbeitskräfte zur Verfügung hatte? Auch die Augustwoche mit 18 Milliarden Lohnkonto waren höchstens 7500 Mk. in Gold oder rund 1875 Dollar, das macht für 1 Beschäftigten durchschnittlich einen Wochenlohn von 750 Mk., während sich jeder Fabrikant vom Käufer in seinem richtiggestellten Friedenspreis mindestens 20 bis 25 Durchschnittslöhne bezahlen läßt, gleichgültig, ob die Produkte ins Ausland gehen oder im Inland bleiben.

Wenn näheren Aufsehen läßt sich für jeden erkennen, daß die 80 Milliarden Mark Steuern (40 Vorauszahlung für Körperschaftsteuer und 40 Vorauszahlung für die Mindererabgabe) am 31. August rund 32000 Mk. oder 8000 Dollar bedeuteten, die mit 27 Untertassellern, das Stück zu 300 Dollar, abgeglichen werden können. Man sollte meinen, daß ein Betrieb, der kaum mit Goldhypotheken belastet sein wird und weit in Devisen verkauft, eine solche Steuersumme ohne besondere Betonung aufbringen kann. Auch die Papiermilliarden für Kohlen können noch erschwungen werden. Wenn der Steuerfiskus seinen Griff auf die Sachwerte ausführen sollte, wird er nicht die Kohlenvorräte fassen und lieber mit 20 bis 30 Proz. der Aktien vorlieb nehmen oder das Unternehmen mit einer Goldmarkhypothek belasten. Das wird dem Unternehmen keine erdrückende Last sein und dem Reich sowie indirekt der Wirtschaft wertvolle Dienste leisten.

Daß sich „der Wahnsinn förmlich übergipfelt hat“, liegt ja gerade an den verkehrten Maßnahmen des letzten neumontainen Kabinetts Cuno mit seinen Fachministern und Ratgebern der Wirtschaft, woran wahrlich weder „der unterschneidlose Achtstundentag, die Erwerbslosenfürsorge, noch die Verschleuderung des Volksvermögens an die Beamten“ schuld waren, desto mehr aber die Verschleuderung an die Kreise der Wirtschaft, die mit Reichsbankgelbern Devisen kauften, spekulierten und so Deutschland an die Stelle brachte, von der nun Angstmaßnahmen die Rettung bringen sollen.

Gerade die sachverständigen parlamentarischen Kreise des Handels, der Industrie usw. haben die „brutale Steuerpolitik, die Blutung der produktiven Kräfte in Handel, Gewerbe und Industrie, die Leichenstarre eintrübt“, mitschaffen helfen. Sie taten das aber nicht allein, um das Reich, sondern damit auch die Kreise zu unterstützen, die am Ende zu sein glauben. Anscheinend finden die den Gesetzen zustimmenden keinen Anhang mehr; denn die „Opfer“ werden nur unter Heulen und Wehklagen und unter dem Druck des Zwanges gegeben, weil schon wieder vergessen ist, daß wir noch am Abgrund hängen. Die Erbstatzerhalter in der Art des W. B. sehen eben ihr eigenes Schicksal nicht schreiten. Sie lobten die Regierung Cuno und gingen mit ihr, die das Chaos verdrübelte und sind nun gegen die Regierung Stresemann, die den Untergang aufhalten will. Entweder fehlt der gute Wille oder die Einsicht.

## Der Fluch der „wertbeständigen“ Löhne.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ führt in ihrer Nr. 32 die obige Überschrift auf ihrer ersten Seite. Sie hat drei so genannten Fachleuten das Wort gegeben. Der erste, ein H., schlägt, nachdem er viel von unproduktiver Arbeit geschrieben hat, eine wertbeständige Währung vor, verschweigt jedoch, mit welchen Mitteln sein wertbeständiges Papiergeld gedeckt werden soll. Das ist lediglich ein Vorschlag, dessen Lösung der Verfasser sicher anderen überlassen würde. Ein Ingenieur Heinrich Bedewig-Dortmund macht Ausführungen über die wertlose Wertbeständigkeit und kommt in seinen Schlussfolgerungen zu dem Ergebnis, daß die Wertbeständigkeit des Lohnes nur mit der Frage der Wertbeständigkeit des Geldes zu lösen sei. Wie aber die Wertbeständigkeit des Geldes herbeigeführt werden soll, darüber sagt der gelehrte Ingenieur kein Wort. Er macht dabei noch die gelahrte Feststellung, daß der Versuch, die Löhne wertbeständig zu machen, ein weiteres Zeugnis für die große geistige Armut und das Unverständnis des Sozialismus in wirtschaftlichen Fragen sei. Und der Dritte, ein leibhaftiger Dr. Baron Dazur, sieht das Heilmittel in wertbeständigen Lohnkonten. Nach ihm kann der Arbeiter von seinem Ueberfluß Arbeitsstunden stehen lassen (waren) und sie nur abgeben, wenn er sie braucht. Ob der Mann auch nur einen kleinen Begriff davon hat, was ein Arbeiter im Verhältnis zu den Warenpreisen für Lohn erhält?

Zebenfalls zeigt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ bei der Behandlung der Frage Wertbeständigkeit der Löhne und Gehälter, daß in ihren Kreisen noch weniger Verständnis von diesen Dingen vorhanden ist wie bei den Arbeitern, trotzdem die Anhänger der Arbeitgeber-Deute mit höherer Schulbildung sind und manches den Arbeitern voraus haben sollten.

Bei soviel Unverständnis, ungenügender Auffklärung und falscher Darstellung wirtschaftlicher Begebenheiten ist es kein Wunder, wenn manchmal der eine oder der andere Arbeitgeber oder -vertreter ratlos vor seinen empörten Arbeitern steht und ein Bild des Jammers darstellt. Erst durch bittere Lehren können so manche Irregeleitete mit Hilfe der Organisationen auf gangbare Wege gebracht werden. Die Wirtschaft hat den Schaden zu tragen.

Daß die Wirtschaft dahin gekommen ist, worüber heute geklagt wird, ist der unverständlichen Haltung der Arbeitgeber zu danken. Die ihre Arbeiterschaft um den größten Teil ihres Lohnes jahrelang betrogen haben, und dem Gang der Dinge ratlos gegenüberstehen.

## Wertbeständige oder Goldlöhne?

Wir müssen Goldlöhne haben, so tönt es durch die Reihen der organisierten Arbeiter. Alles arbeitet mit Goldwährung, alles rechnet bei seinen Verkäufen nur nach Goldmark oder Devisen, nur der Arbeitslohn wird immer noch nach lumpigen Papierseihen, wollen sagen — Mark berechnet. Die 8 Monate des glorreichen Kabinetts Cuno haben aber doch die Erkenntnis gebracht, auch in den noch rückständigsten Köpfen, daß man einen anderen Lohnaufbau schaffen muß. Aus dieser Erkenntnis wurde das Wort „Wertbeständigkeit“ geboren. Sind nun die Löhne, die wir bekommen, wertbeständig? Nein! Beweis: Je höher man die Summe schraubt, desto weniger Kaufkraft besitzt sie und die Arbeiterschaft kann die traurige Tatsache feststellen, daß ihr Einkommen Tag für Tag sinkt, und der Zwischenraum zwischen Lohn- und Ernährungsziffer zu ihren Ungunsten immer größer wird. Während in allen Industriestaaten die Lohnziffer immer noch über der Lebenshaltung steht, ist bei uns das Gegenteil eingetreten. Wohl sind in den anderen Ländern Rückgänge der Löhne zu verzeichnen, aber der Rückgang der Lebenshaltungsziffer war dort noch viel größer, so daß immer der Lohn die letztere überwoog und in manchen Ländern, wie in Amerika und England, stieg.

Da muß man nun die Frage aufwerfen: Gold- oder Reallohn oder auf der Bahn der wertbeständigen Löhne weitergehen? Wir müssen unbedingt das erstere fordern, schon aus dem Grund, wie ich oben ausführte, und zweitens, um unsere Lebenshaltung so zu stellen, daß wir allen Stürmen Trotz bieten können. Haben wir weiter nichts zu verkaufen als unsere Arbeitskraft, so soll es so teuer wie möglich geschehen, denn sie wird ja immer noch früh genug zum alten Eisen geworfen. Nach der Novemberrevolution hat man das Wort in die Massen geworfen: „Nur die Arbeit kann uns retten. Arbeiter, rettet das Vaterland!“ Man hat aber vergessen zu sagen, daß zur Arbeit auch ein gesunder und kräftiger Körper, also Essen und Trinken gehört.

Wohl wird man sagen, ja, wenn Goldlöhne gezahlt werden sollen, müssen wir unser ganzes Wirtschaftssystem umstellen, allein die Herrschenden vergessen, daß es in Wirklichkeit schon längst geschehen ist. Das Kapital hat dieses schon längst besorgt und pfeift auf die Marktwährung der deutschen Republik. Auch ein Stück Nationalstolz. Daß wir nicht von heute auf morgen das Ziel erreichen, darüber bin ich mir klar, aber das Ziel lohnt den Kampf. Unsere Verbandsleitung hat ihre Schuldigkeit voll und ganz getan, hat sich auch durch die Neuordnung eine Erleichterung geschaffen und spart dem Verband große Summen Geldes. Aber auch sie hat eingesehen, daß der jetzige Lohn nicht langt, sagt sie doch selbst bei der Festsetzung der Grundzahl: „Wir wissen, es genügt nicht!“ und Ihr Kollegen? Nun, Euch erst recht nicht; denn in unserer „Lohnregelungsstätte“ schadet doch auch einem ein Fetten nichts. Aber, Kollegen, Ihr müßt mitarbeiten an Euren eigenen Werken, nicht bloß mit Rörgele. Dann werden auch wir das Ziel unserer Brüder in England und Amerika erreichen, daß der Lohn einmal über die Lebenshaltung steigt. Dann kann es auch nicht vorkommen, daß am 19. August der amtliche Index 192 Proz., die Großhandelsziffer 219 und unser Aufschlag 187 Proz. beträgt. Oder haben wir Porzellaner einen eigenen Index? Wo bleibt die Differenz von 11 Proz.? Hoffentlich gibt mir der Vorstand über die letzte Frage Auskunft, wie er sie schon verprochen. Wilhelm Uweilms, Stadtlergassefeld.

(Die Aufklärung ist inzwischen erfolgt. D. M.)

## Wertbeständige Leistungen

### in der Unfallversicherung und Wochenhilfe.

Nach längerem Verhandeln im Sozialen Ausschuss des Reichstages konnte am 15. August im Reichstage eine Gesetzesvorlage verabschiedet werden, nach der die Unfallrentenzulagen wertbeständig gemacht wurden. Einbezogen werden alle Renten, die wenigstens 20 v. H. der Vollrente betragen. Die bisherige Teilung der Jahresarbeitsverdienste, die im Februar festgelegt wurden, wonach für Renten mit 50 und mehr v. H. der Vollrente höhere Beiträge eingelegt wurden, bleibt bestehen. Als Grundlage der Renten gelten folgende Jahresarbeitsverdienste: bei Renten von 20 bis unter 50 v. H. für eine landwirtschaftliche Arbeiterin 172 800 Mk., für einen landwirtschaftlichen Arbeiter 244 000 Mk., für einen gewerblichen Arbeiter 450 000 Mk. Bei Renten von 50 und mehr v. H. betragen die Zahlen 504 000 Mk., 840 000 Mk. und 1 152 000 Mk. Als Verbleibsfähiger dieser Zahlen gelten elf Beihaltensziffern der jeweiligen Reichsindexzahl. Für die Woche vom 8. bis zum 14. August beträgt der Index beihilfswert 149 351. Danach ergibt sich ein Verbleibsfähiger von 164. Die Regierung wollte den Verbleibsfähiger immer auf volle 10 nach unten abrunden. Der Sozialdemokratie gelang es, zu erreichen, daß nach oben abgerundet wird, und wenn der Verbleibsfähiger über 200 ist, auf 50 nach oben. Die Renten werden halbmantlich gezahlt. Zur Berechnung gelangt die Jahreszahl, die zwischen dem 16. bis 10. Tage vor dem Zahlungstage verbleibsfähig ist. Ein 100 v. H. Erwerbsbeschränkter hat unter Anwendung der Indexzahl von 149 000 eine monatliche Rente von 10 880 000 Mk. zu beanspruchen. Das Gesetz tritt am 1. September in Kraft. Für die zurückliegende Zeit soll noch eine Nachzahlung erfolgen, deren Höhe sich nach der Indexzahl richtet und vom Arbeitsminister festgelegt wird. Im September sollen im Reichstagsausschuss die Fragen der Abfindung kleiner Renten, Einführung des Bedürftigkeitsprinzips, Rentenbewertung nach der Berufsstellung und Gewährung von Familienzulagen behandelt werden. Die Arbeitervertreter werden dabei ein ernstes Wort mitzureden müssen.

In der Wochenhilfe wurde in folgender Weise die Wertbeständigkeit durchgeföhrt: Wertliche Behandlung, soweit solche erforderlich ist, wird nach wie vor gegeben. Der Beitrag zu den Entbindungskosten beträgt das sechstache der Reichsindexzahl. Wochenlohn wird in Höhe des Krankengeldes, mindestens aber im Betrage eines Zehntels der Jahreszahl, und Stillschuld das halbe Krankengeld, mindestens aber drei Zwanzigstel der Jahreszahl, gewährt. Wochenhilfe kommt für Selbstversicherung in Frage.

Familienwochenhilfe wird nichtverschuldeten Wöchnerinnen gewährt, wenn der Haushaltsvorstand versichert ist. Es trägt ebenfalls den sechstachen Betrag der Jahreszahl als Beitrag zu den Entbindungskosten und ein Zehntel bzw. drei Zehntel für Wochen- und Stillschuld. Wochenfürsorge wird an Erwerbsfähige Wöchnerinnen gewährt, die ebensowenig als der Haushaltsvorstand versichert sind. Die Beträge sind die gleichen wie in der Familienwochenhilfe.

## Ein Schiedspruch.

Inzwischen sind der Kollegenrat die Angelegenheiten in Bezug auf die Lohnverhandlungen durch Rudolfsreisen zur Kenntnis gebracht worden. Es sei deshalb nur kurz registriert, daß nach Scheitern der Verhandlungen am 24. August in Berlin der Berufsverband deutscher Retenarbeiter wieder einmal ohne sich mit anderer Organisation etwa nach dem üblichen Erfolg im März in Verbindung zu setzen, das Reichsarbeitsministerium angerufen hat, das daraufhin die Arbeitgeber und unseren Verband zu Verhandlungen am 1. September ins Reichsarbeitsministerium einladet. Dort bildeten sich zwei Schiedsgerichte, eines für die Christen und eines für uns. Den Vorsitz führte Herr Überregierungsrat Koch als Unparteiischer. Beisitzer waren: Dr. Jarboch, Dr. Rod und Dr. Bärge von Arbeitgeberseite, und die Kollegen Griesbach, Karl, Henninger von uns. Trotz unserer Bemühungen konnte der Unparteiische nicht zu einem Entschluß im Sinne unserer hauptsächlichsten Forderungen (Gewährung einer Wirtschaftshilfe, Erhöhung der Grund-

löhne) gebracht werden. Nur für das besetzte Gebiet kam ein kleiner Vorteil heraus.

Der Schiedspruch besagt:

„Das Lohnabkommen für die deutsche feinkeramische Industrie vom 2. August 1923 soll bis zum 9. September 1923 einschließlich gelten. Die Befragungszulage soll in der bisherigen Form bestehen; soweit es die örtlichen Verhältnisse erfordern, soll für die in Frage kommenden Betriebe die Regelung durch besondere örtliche Abmachungen erfolgen.“

Die Kollegen im besetzten Gebiet haben es nun in der Hand, nach Ihren besonderen örtlichen Verhältnissen Abmachungen zu treffen ähnlicher Art, wie es in Bonn geschah.

Unsere Kollegen und Kolleginnen können daraus erkennen, daß wir uns nur selbst helfen können. Wenn auch gegenwärtig die Verhältnisse für uns ungünstig liegen, so darf uns dies nicht hindern, zum gegebenen Zeitpunkt unsere Lage zu verbessern. Stärkt inzwischen die Organisation, macht sie zu dem Kampfabgabe, das wir brauchen, um zu siegen.

## Von der Keramikindustrie.

Der Multiplikator wurde vom Verband deutscher Porzellanfabrikanten am 1. September von 100 000 auf 130 000 erhöht, was einem 2 600 000fachen Friedenspreis entspricht.

Die „Porzellan-Metall“ verteilt 100 Proz. Dividende, die auch auf die neuen, am 1. Juli ausgegebenen Aktien in Höhe von 20 Millionen Markt entfallen. Das Bezugsrecht ist 5 zu 1. Neu in den Aufsichtsrat wurde Fabrikbesitzer Oskar Enders in Großbreitenbach gewählt.

Die Leipziger Messe ist für die feinkeramische Industrie so schlecht gelaufen, wie seit 25 Jahren nicht mehr. Aufträge wurden fast keine erteilt. Die Inlandspreise standen mit den Auslandspreisen gleich; in manchen Fällen sogar höher. Die Industrie kündigte daraufhin vielfach Betriebsbeschränkungen an.

## Aus unserem Beruf.

**Hamburg.** Der unterzeichnete Betriebsobmann ersucht auf Veranlassung der Gesamtbelegschaft, den in Nr. 32 der „Ameise“ vom 11. August erschienenen Bericht über die „Bena“ Porzellan-Manufaktur, A.-G., dahingehend zu berichtigen: 1. Daß die in Frage kommende Lohnführung innerhalb 3 Tagen nachgeprüft worden ist. 2. Daß nach Uebereinkommen zwischen Vorstand und Belegschaft die Lohnfrage dem Schlichtungsausschuss Hamburg und zum Spruch ertreten worden ist. 3. Es besteht daher kein Anlaß, vor Zugang zu dieser Firma zu warnen. Im Auftrage der Belegschaft der „Bena“, Porzellan-Manufaktur, A.-G.: Bergner, Betriebsobmann.

**Kopenhagen.** Die Porzellanfabriken Norden in Kopenhagen sind für Dreher gesperrt. Die Kollegenschaft wolle die Sperre beachten und keine Arbeit dort annehmen.

## Verammlungsberichte.

**München.** Die Belegschaft der Mäbendorfer Porzellanfabrik nahm Stellung zur letzten Reichsindexziffer und begründete ihr Mißtrauen dazu durch folgendes: Die Indexziffer beträgt für die Woche vom 12. bis 19. Aug. 187 Proz.; mithin ergibt sich ein Verdienst von Inapne 300 000 Mk. pro Stunde. Demgegenüber fällt ein Schiedsgericht in Weimar einen Schiedspruch von 340 000 Mk. pro Stunde für die Thüringer Metallindustrie, ein Ergebnis, welches auch bei weitem noch nicht ausreicht, dem Arbeiter ein menschliches Dasein zu ermöglichen. Die Belegschaft stellt fest, daß wohl eine Entlohnung nach dem Index einerseits gut sein mag, andererseits aber zu keinem gesunden Verhältnis führen kann, solange nicht der Grundlohn entschieden aufgebessert wird. Diesem Umstand ist es auch zuzuschreiben, daß ein derartiges klägliches Zustand kommen konnte, welches sich wiederum auf den Schultern der verhungerten Arbeiterschaft auswirkt. Die schlechte Entlohnung gegenüber der rapiden Teuerung war es auch, die die Kollegen und Kolleginnen der Suhlser und Mäbendorfer Porzellanfabriken zum Streik veranlaßte. Wir stellen den Antrag „auf Verlegung in die Ortsklasse A“, da statistisch nachgewiesen ist, daß Suhl und Umgebung zweifelsohne als teuerster Bezirk mitgerechnet werden muß. Im übrigen fordern wir den Hauptvorstand auf, in Verbindung mit dem DGB bei der Regierung Schritte zu unternehmen, um eine Garantie zu verankern, die dem schaffenden Volke ein menschliches Dasein gewährleistet; in diesem Sinne werden zumindest 30 Goldmark pro Woche gefordert.“

**Passau.** Die Versammlung vom 21. Aug. befaßte sich mit der verkürzten Arbeitszeit, dem Lohnabkommen und der Beitragszahlung. Bei kommenden Verhandlungen sind höhere Grundlöhne zu erkämpfen. Die Beitragszahlung in Höhe eines Stundenlohnes ist für die Christlichen ein Grund zum Werden. Sie geben vor, daß bei ihnen nur 12 000 bis 15 000 Mk. Wochenbeitrag bezahlt zu werden braucht. Dabei heißt es in ihrem Verhandlungsprotokoll: „Beiträge sind in Höhe eines Stundenlohnes zu entrichten.“ Entweder beschwindeln die Passauer christlichen Mitglieder ihre Hauptkasse, oder sie haben die Erlaubnis, so geringe Beiträge bezahlen zu dürfen, um flauere Zahler der freigeberischen Organisation zu gewinnen. Wenn aber bei der Betriebsleitung etwas zu regeln ist, da kommen die Mitglieder zum Betriebsrat der freien Gewerkschaft. Er soll dann helfen, weil der christliche Betriebsrat verlagert.

**Selb-Blöbberg.** Die heutige Belegschaftsversammlung erhebt schärfsten Protest gegen die ab 30. Juli geltende Lohnregelung. Immer wieder wird von unseren Vertretern auf die Schwierigkeit der Verhältnisse hingewiesen, die einen besseren Abschluß der Lohnverträge unmöglich machen sollen. Die Versammlung erkennt diese Gründe nicht an. Gerade in der heutigen Zeit günstiger Konjunktur und immer mehr und mehr gesteigerter Arbeitsleistungen in der Porzellanindustrie sind die schlechtesten Lohnverträge unterzeichnet worden. Die Ursache dieser hauernden Verschlechterung geht zurück auf das Verhalten der Gewerkschaften zur Regierung Cuno, deren Auf, bei ihrem Regierungswechsel keine Rücksicht auf die Löhne zu gewahren, von den Unternehmern in weitestem Maße ausgenutzt wurde. Und auch bei der später folgenden und bis heute riesenhafte sich entwickelnden Verschlechterung wurde dem in keiner Weise Rechnung getragen, so daß wir heute so weit sind trotz der von uns erzeugten Goldmark mit einem Wochenlohn nicht einmal ein Paar Schabe kosten zu können: von Anzug, Mobilkarren usw. gar nicht zu reden. Beschämend ist es für uns, wenn wir lesen, daß es den Buchrüdern gelungen ist, einen Spitzenlohn von 36 Mk. wöchentlich festzulegen, trotz des wirtschaftlich ungesunden Gewerbes und der Abwertung ihrer Erzeugnisse im Inland, während die Porzellanindustrie ihre Produkte sich hauptsächlich in Dollar und gutem ausländischen Valuten bezahlen läßt. Die wie Bilke aus dem Boden entstehenden Porzellanbetriebe, die in Fortkriegszeiten fast unmöglich aber heute massenhaft entstehenden Anlagen und Erweiterungen, Lustbauten usw. beweisen die wahrhaftig gesteigerten Gewinne unserer Unternehmer und die Möglichkeit einer besseren Bezahlung der Arbeiterschaft. Daher fordern wir: unsere Vertreter dürfen auf Grund obiger Beweise solche schlechten Verträge nicht mehr unterzeichnen. Wir wollen in solchen Situationen Freiheit unseres Handels, Arbeitsvertrag über. Annahme oder Ablehnung des Vertrags. Wir behalten uns auch unsere Stellung über die Auswirkung der Indexbezahlung wegen des niedrigen Grundlohnes (140 bis 145 Prozent) vor.

## Verammlungs-Anzeigen.

**Berlin-Charlottenburg.** Die Belegschaftsversammlung für September fällt aus.

## Adressenänderungen.

**Brattendorf.** Vorsitzender: Willy Schmidt, Ständer: Schwaibach, Kreis-Hilburgshausen.  
**Netphen.** Kassierer: Karl Klein, Drenner, Nieder-Netphen, Bahnhofstr. 180.  
**Erethla (Elbe).** Kassierer: Erik Scherzer, Formlecher, Strebla (Elbe), Döbingerstr. 213.  
**Weißwasser.** Mediziner für Karge jetzt Max Briel, Döbingerstr. 213.

## Quittungen.

Für den kranken Kollegen Max Schmidt gingen folgende Beträge ein von den Zahlstellen: Rupp 700; Staffell, Waffel, Plessig, Tiefenfurt, Freienortla, Wunsfeld, Schirnding, Heberberg, Schney, Freital-Postfach, Frankfurt a. d. O., Dornsdorf je 1000; Eiferwerba, Köpplendorf, Belten je 1500; Burgau, Triptis, Farge, Wramba, Menschewitz, Coburg, Manau, Geringwalde, Ritterteich, Althausenleben, Lubwigsbura, Weiswasser, Goldig, Plau, Köln, Meichenbach, Suhl je 2000; Thierheim 2500; Oberhofen, Hennigsdorf, Margarethenhütte, Walsassen, Weiden, Köschitz, Spandau je 3000; Grünstadt 3500; Waldburg 4000; Naßla, Franzenh, Marktlichten, Klotter, Weilsdorf, Jecha, Elmshorn, Marktredwitz, Umbach, Selb, Klöbberg, Schornsdorf, Bonn, Schinwald, Dhrbrauf, Walberhof, Mehan, Magdeburg, Borsdam je 5000; Köpplendorf, Kleinbembach, Annaburg je 6000; Malerpersonal Bawaria, Ullersricht, 7000; Arberg 8000; Zeltow, Fürstberg, Schwarzenbach, Nöbisch, Schlierbach, Kirchenlamitz, Neuhaldensleben, Gräfenhain je 10 000 Mk. Summa: 280 200 Mk. Allen Gebern recht herzlichen Dank. Die Sammlung ist geschlossen.

Zahlstelle Brattendorf.

J. A.: Fridolin Fehd, Kassierer, Merbelskrob.

Für den kranken Kollegen Engelmann gingen nachträglich noch ein: Spandau, Hermsdorf je 3000; Giesfeld 1000; Gräfenhain 10 000; Suhl 2000 Mk. Bereits quittiert 277 200 Mk. In Summa: 296 200 Mk.

Zahlstelle Marktredwitz. J. A.: Kleiber, Kassierer.

Für den kranken Kollegen Franz Walther, Cortendorf, gingen noch 10 000 Mk. von der Zahlstelle Thiersheim ein. Bereits quittiert: 299 000 Mk. Summa: 309 000 Mk. Allen Gebern recht herzlichen Dank.

Zahlstelle Coburg. J. A.: Ernst Dalibor, Geschäftsführer.

## Lokalbeamter gesucht!

Die Zahlstelle Selb, Oberfranken, braucht einen Geschäftsführer, der in gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Dingen über die nötigen Kenntnisse verfügt. Derselbe muß als selbständiger eine große Zahlstelle leiten können und gewandt in Verhandlungen sein. Dem Verband der Porzellanarbeiter muß er seit mindestens 8 Jahren angehören. Der Bewerbung muß ein Aufschuß über die Tätigkeit eines Lokalbeamten beiliegen. Persönliche Vorstellung bleibt vorbehalten. Die Bewerbung um diesen Posten muß bis 23. September an folgende Adresse gelangt sein: Hermann Bohner, Selb, Gartenstr. 35.

## Briefkasten.

An die Belegschaften der Zahlstellen. In der letzten Zeit gingen mehrfach kurze Warnungsberichte über ausgebrochene Differenzen ein mit der Bemerkung: „Weiterer Bericht folgt“. An die weiteren Berichte wartet die Redaktion heute noch. Die Belegschaften werden gebeten, bei Abschluß von Streitigkeiten ebenfalls in einigen Zeilen dies der Redaktion wissen zu lassen. Sterbetafeln, vor allem 5 Zeilen in einem Brief mit hohem Porto, brauchen vorläufig nicht mehr eingesandt werden, da die Sterbetafel leider ausfallen muß.

## Arbeitsmarkt.

### Tüchtige Dreher

für Kaffee-, Tee- und Mokkaservice sofort nach Berlin gesucht. Offerten erbeten unter „139“ an die Redaktion der „Ameise“.

2 flotte, selbständige

### Modellabgießer

für Gebrauchsgeschirr werden sofort gesucht. (140)

Bing-Glas- und Keramik, A.-G.

Abt. Porzellanfabrik Freitalbau (Kreis Sagau)

Wir suchen per sofort tüchtigen perfekten

Formlecher

für Porzellan-Gebrauchsgeschirr. Ausführliche Bewerbungs schreiben und Zeugnisabdrücken unter „141“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Erfahrener, tüchtiger

Brenner

sofort gesucht. Off. unter „142“ an die Redaktion der „Ameise“.

Tüchtiger Maler,

der auch firm ist im Vorkonkurrenz, für sofort gesucht. Wegen Wohnungsmangel kommt nur ein Lebiger in Frage. (143)

Porzellanfabrik Weichenhain

Dürbeck & Rudolfsfel, Weichenhain/Sichtelgebirge

Durchaus tüchtiger Maler in Wand, Band, Stoffe, Blumen, Oval, Rändern, Stahlbruch, Rolierieren, Schreibe, Unterlagur und Freihandmalerei sucht anderweitig Stellung. Offerten an die Redaktion der „Ameise“ unter „F. 119“ erbeten.

Junger tüchtiger gelernter Abrecher sucht Stellung, an liebsten in einer Steingutfabrik. Gest. Offerten werden unter F. 127 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtigen Brenner, 25 Jahre alt, ledig, sucht Dauerstellung in einer größeren Steingut- oder Porzellanfabrik. Suchender ist mit allen Brennhandarbeiten vertraut und im Glazieren und Schmelzen bewandert. Gute Zeugnisse stehen zur Verfügung. Gest. Offerten werden unter F. 125 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Zwei tüchtige ledige Dreher, in allen vorkommenden Arbeiten der Dreherei firm (Gebrauchsgeschirr und Elektroartikel), suchen Stellung. Gest. Angebote werden unter F. 126 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Ein geübter in allen Arbeiten der Dreherei beschäftigt gewesener lediger Dreher sucht Stellung, möglichst auf Selb, Weichenhain und Hohlgeschirr. Suchender ist auch im Glazieren und Blumenmalen perfekt. Offerten unter „F. 128“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Ein tüchtiger lediger Unterlagurmaler, der auch schmelzen und glazieren kann, sucht sich zu verändern. Gest. Angebote unter „F. 129“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Henninger, Charlottenburg, Brabeckstraße, Neubau. — Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Brabeckstraße, Neubau. — Druck: C. F. Janischewski, Berlin S.O., Elisabethufer 28/29.